

# ALLE DÖRFER BLEIBEN!

## UNSERE POLITISCHEN FORDERUNGEN

Wir vom Bündnis Alle Dörfer Bleiben! fordern von der Bundesregierung und den Landesregierungen Nordrhein-Westfalen, Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt:

- 1. Den Erhalt aller vom Braunkohleabbau bedrohten Dörfer sowie schnellstmögliche Planungssicherheit zur genauen Umsetzung des Kohleausstiegs.**
- 2. Die Freiheit, selbst zu entscheiden, ob wir in unseren Dörfern bleiben oder umsiedeln wollen.**
- 3. Den Strukturwandel unserer Regionen selbst gestalten zu können. Für die Revitalisierung unserer Dörfer müssen Mittel aus dem Strukturwandelfonds zur Verfügung gestellt werden.**
- 4. Eine Novellierung des Bundesberggesetzes, um zukünftige Tagebauerweiterungen und Grundabtretungsverfahren zum Zwecke des Braunkohleabbaus auszuschließen.**
- 5. Die Einhaltung des 1,5°-Ziels von Paris – damit alle Dörfer bleiben können, weltweit!**

Presse-Kontakt:

Felix Wittmann: +49 176 78633289

Christopher Laumanns: +49 1577 3395845

presse@alle-doefer-bleiben.de

Webseite: [www.alle-doefer-bleiben.de](http://www.alle-doefer-bleiben.de)

Aktuelle Infos: [www.twitter.com/AlleDoerfer](https://www.twitter.com/AlleDoerfer)

Fotos zur freien Verwendung: [www.flickr.com/photos/164655810@N04/](https://www.flickr.com/photos/164655810@N04/)



# ALLE DÖRFER BLEIBEN!

## UNSERE POLITISCHEN FORDERUNGEN

In diesem Sinne gilt es, folgende Maßnahmen schnellstmöglich umzusetzen:

### **1. Wir fordern den Erhalt aller vom Braunkohleabbau bedrohten Dörfer sowie schnellstmögliche Planungssicherheit zur genauen Umsetzung des Kohleausstiegs.**

- Wir fordern von der Bundesregierung eine Garantie, dass keine weiteren Orte mehr für den Braunkohle-Abbau zerstört werden. Die Ausstiegsreihenfolge der Kohlekraftwerke, welche im Kohleausstiegsgesetz festgelegt werden soll, ist so zu gestalten, dass der Erhalt der Dörfer gesichert und garantiert ist.
- Wir sehen die Bundesregierung und die Landesregierungen in der Pflicht, die Menschen und Dörfer zu schützen und ab sofort zu unterbinden, dass Bergbauunternehmen in unseren Dörfern Fakten schaffen: Abrissarbeiten und allgemein das Schaffen von Tatsachen zum Nachteil der zu erhaltenden Ortschaften durch die Bergbauunternehmen sind sofort einzustellen und durch die zuständigen Entscheidungsträger\*innen zu unterbinden.
- Ausweisungen von Vorranggebieten und Vorbehaltsgebieten in den aktuellen Braunkohleplänen und Rahmenbetriebsplänen der Tagebaue sind ersatzlos zu streichen, da Genehmigungen für neue Tagebaue bzw. Erweiterungen bestehender Tagebaue nicht mehr notwendig sind.
- Die zuständigen Landesregierungen müssen bereits genehmigte Tagebaupläne, die eine Inanspruchnahme von Dörfern beinhalten, so anpassen, dass der Erhalt der Dörfer gesichert und garantiert wird.
- Landesentwicklungspläne, Regionalpläne und die Braunkohlepläne der einzelnen Tagebaue müssen entsprechend angepasst werden.

### **2. Wir fordern die Freiheit, selbst zu entscheiden, ob wir in unseren Dörfern bleiben oder umsiedeln wollen.**

- Die Landesregierungen haben dafür Sorge zu tragen, dass sowohl in den alten, auch in den neuen Dörfern ein gutes Leben möglich ist.
- Die Umsiedlung einzelner darf keine Begründung für die komplette Umsiedlung eines Ortes sein.
- Auch in den sogenannten Grubenranddörfern stehen die Landesregierungen in der Pflicht, ein gutes Leben sicherzustellen. Hierfür sollten unter anderem Mindestabstände zum Tagebau etabliert werden.



# ALLE DÖRFER BLEIBEN!

## UNSERE POLITISCHEN FORDERUNGEN

### **3. Wir wollen den Strukturwandel in unseren Regionen selbst gestalten und zur Revitalisierung unserer Dörfer Zugang zu den Mitteln des Strukturwandelfonds bekommen.**

- Den Einwohner\*innen der bisher vom Kohleabbau bedrohten Dörfer muss im Rahmen des Strukturstärkungsgesetzes die Möglichkeit gegeben werden, Dorfentwicklungskonzepte zu erstellen (oder erstellen zu lassen), auf deren Grundlage der Strukturwandel geplant wird.
- Investitionsstaus in den Dörfern, verursacht durch die bisherige Planungslage zum Braunkohleabbau, sind über die Gelder aus den Strukturwandelfonds auszugleichen.
- Es ist sicherzustellen, dass später anfallende Kosten zum Erhalt, der Revitalisierung und zum Ausgleich von Schäden bzw. allen Unwägbarkeiten für unsere Dörfer, verursacht durch den Bergbau, auch zukünftig über den Strukturwandelfonds zum Kohleausstieg ausgeglichen werden können.

### **4. Wir verlangen von der Bundesregierung eine schnelle Novellierung des Bundesberggesetzes, um zukünftige Grundabtretungsverfahren zum Zwecke des Braunkohleabbaus auszuschließen.**

- Um die Menschen zu schützen und sinnlose Zerstörung von Dörfern und Kulturgütern zu verhindern, muss die Bundesregierung die Enteignungsparagraphen im Bundesberggesetz für die Braunkohleförderung außer Kraft setzen.
- Um den Aufschluss neuer klimaschädlicher Tagebaue zu verhindern, muss sie sowohl im Kohleausstiegs- als auch im Bundesberggesetz verankern, dass keine neuen Genehmigungen (Braunkohlepläne, Rahmenbetriebspläne) zum Braunkohleabbau erteilt werden.

### **5. Wir streiten für die Einhaltung des 1,5°- Ziels von Paris – damit alle Dörfer bleiben können, weltweit!**

- Wir fordern, dass die Bundesregierung den Verhandlungsergebnissen des Pariser Abkommens der UN-Klimakonferenz ohne Abstriche befolgt. Das beinhaltet einen schnellstmöglichen und kompletten Ausstieg aus allen fossilen Energieträgern – weltweit.
- Auch in der Landwirtschaft, im Verkehr, in der Digitalisierung, beim Wohnen und in der Industrie braucht es schleunigst ein Umsteuern.

